



Fordern Lohngleichheit: Unterzeichnerinnen des Manifests 7. März

Foto: Keystone (3), Uro Janda, Philipp Röhner

# Frauenstärke gegen die Ausrede mit der Frankenstärke

Politikerinnen, Kulturschaffende, Unternehmerinnen wehren sich mit einem Manifest gegen Versuche, die Währungsprobleme zulasten der Lohngleichheit zu lösen

Catherine Boss

**Bern** «Lohngleichheit, jetzt erst recht»: So der Titel eines Manifests, das 100 namhafte Frauen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur gestern unterzeichnet haben. Darunter sind Barbara Egger-Jenzer, Regierungspräsidentin des Kantons Bern, die Ex-Bundesrätinnen Micheline Calmy-Rey und Ruth Dreifuss, Sängerin Sina, Schriftstellerin Milena Moser, SP-Frauen-Präsidentin Yvonne Feri oder die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch.

Die Frauen wehren sich gegen Forderungen bürgerlicher Politiker und Wirtschaftsvertreter, wegen der Frankenstärke und Wirtschaftskrise Massnahmen zur Umsetzung der Lohngleichheit zurückzustellen. Der Bundesrat hatte im

letzten Herbst einen Vorschlag in die Vernehmlassung geschickt, der verbindliche Massnahmen zur Kontrolle von gleichen Löhnen zwischen Mann und Frau in Unternehmen vorsieht.

**Die Lohnungleichheit beträgt noch immer 18 Prozent**

Diese «Lohnpolizei», wie dies in bürgerlichen Kreisen heisst, zielt in die falsche Richtung, hatte beispielsweise SVP-Präsident Toni Brunner vor einer Woche in der «NZZ am Sonntag» gesagt. Solche Projekte müssten abgebrochen oder zumindest sistiert werden, meinte Brunner. Und Christoph Franz, der Verwaltungsratspräsident des Pharmakonzerns Roche, hatte zuvor die staatlichen Kontrollen der Lohngleichheit als «absurd» bezeichnet.

Solche Aussagen haben die Unterzeichnerinnen in Rage gebracht. Sie schreiben im Manifest: Bei aller Ungewissheit, die wegen der Frankenstärke auf die Schweiz zukomme, sei es «inakzeptabel, dass die Anliegen der Frauen auf der Strecke bleiben» sollten. Noch immer liege die Lohnungleichheit bei über 18 Prozent.

Die Wirtschaft und bürgerliche Kreise verlangten gar einen Verzicht auf eine angemessene Vertretung der Frauen in Kaderpositionen, sagen die Manifestantinnen – bereits sei von Deregulierungsprogrammen die Rede. «Wir akzeptieren nicht, dass man den Gleichstellungsartikel zu einem Konjunkturartikel degradiert», so der Wortlaut. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit sei ein in der Bundesverfassung verankertes

Grundrecht. «Es gilt auch in einem Wahljahr und in Währungskrisen.»

Der Verfassungsartikel zur Lohngleichheit existiert seit 30 Jahren. Er verlangt: «Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.»

**Der Unternehmerin dauert der Prozess zu lange**

Rosmarie Michel, ehemalige Unternehmerin und einst erste Frau im Verwaltungsrat einer Grossbank, sagt: «Ich habe mich bisher zu diesem Thema nie exponiert, weil ich glaubte, wir, die Vertreter der Wirtschaft, könnten dies selber regeln. Doch jetzt sehe ich: Es dauert zu lange, und das ist ungerecht.» Studien zeigten, dass ein Unternehmen profitabler sei, wenn Männer und Frauen gemeinsam die Verantwortung übernehmen.

Unterzeichnet hat das Manifest auch Christine Bühler, Präsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbands. Sie sagt: «Ich unterschreibe, weil wir vom Verband mit allen Frauen solidarisch sind. Zudem gibt es ganz viele Bäuerinnen, die gar nichts verdienen oder sicher weniger als der Bauer.» Und die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz wirft ein: «Alle wollen gut ausgebildete Frauen, um die Zuwanderung zu drosseln, doch ohne Lohngleichheit wird dies nicht gelingen.»

Das «Manifest 7. März» – kein neuer Pakt gegen Frauen – kommt eine Woche vor dem nationalen Frauentag am nächsten Samstag. Dann wird in Bern eine nationale Kundgebung unter dem Motto «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» stattfinden.